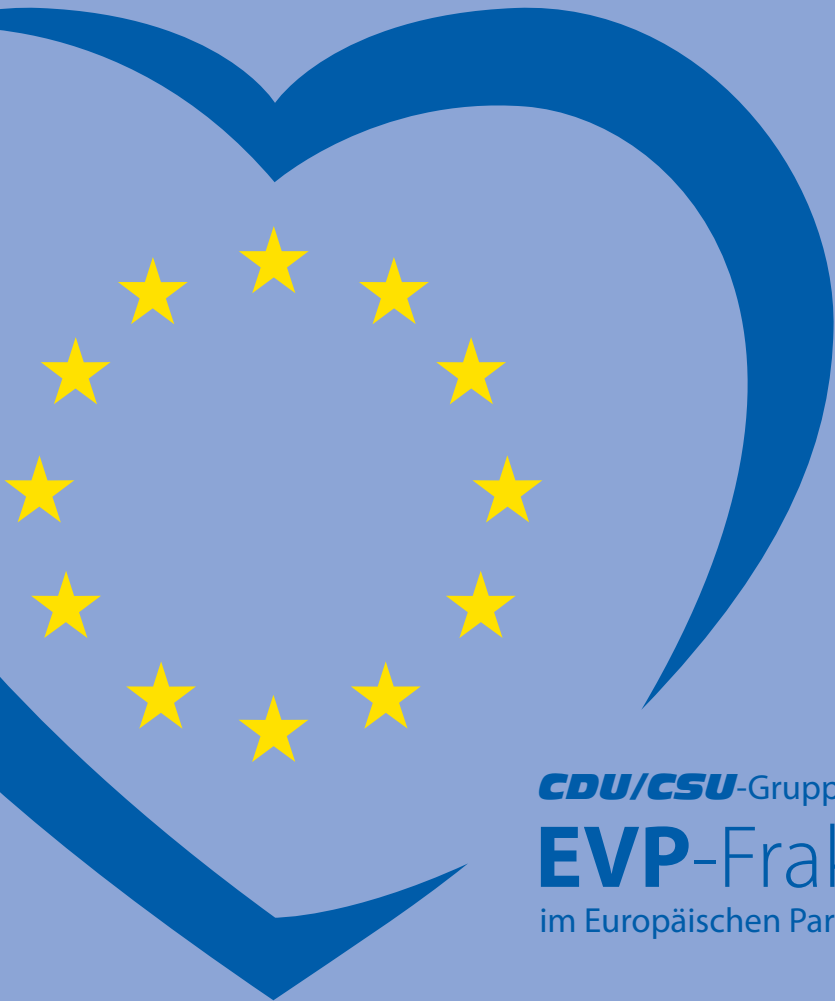


# Schriften zur Europäischen Integration



*CDU/CSU*-Gruppe in der  
**EVP**-Fraktion  
im Europäischen Parlament

## **Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013**

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament



Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe  
im Europäischen Parlament

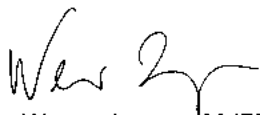
24. November 2010

## VORWORT

Seit den Römischen Verträgen 1957 ist die Gemeinsame Agrarpolitik die erste und bis heute bedeutendste Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union. Hauptziel der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist die Versorgung von rund 500 Millionen EU-Bürgern mit ausreichend qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich für eine leistungsfähige europäische Landwirtschaft ein, die auf den Prinzipien Nachhaltigkeit, Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz basiert und dabei nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Existenzfähigkeit der europäischen Landwirte gefährdet.

Die CDU/CSU-Europaabgeordneten werden sich für diese Grundsätze bei der anstehenden Reform der europäischen Agrarpolitik einsetzen. Einen detaillierten Überblick über die Positionen der CDU/CSU-Gruppe bietet die vorliegende Ausgabe der „Schriften zur Europäischen Integration“, die von einer internen Arbeitsgruppe unter Leitung von Elisabeth Jeggle MdEP erarbeitet wurde.



Dr. Werner Langen MdEP,

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP



Markus Ferber MdEP,

Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP

## I. Einleitung:

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist seit den Römischen Verträgen 1957 (die Grundsätze und Mechanismen der GAP traten 1962 in Kraft) die erste und **bis heute bedeutendste Gemeinschaftspolitik** der Europäischen Union. Die GAP sichert die Lebensmittelversorgung von 500 Millionen Verbrauchern in der EU und trägt zur Lebensmittelsicherung auch von Drittstaaten bei. Vertragsziele der GAP sind:

- a) die Bevölkerung mit **ausreichend, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln** zu versorgen,
- b) die **Produktivität** der Landwirtschaft zu steigern,
- c) die **Märkte zu stabilisieren** und
- d) zugleich der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein angemessenes Einkommen zu sichern.

Die GAP hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich weiterentwickelt und leistet heute über diese genannten Ziele hinweg wichtige Beiträge auch in anderen Politikbereichen.

Seit den 60er Jahren ging die Zahl der Betriebe in Deutschland von über 1,6 Millionen um 80 % auf rund 350.000 im Jahr 2007 zurück. Zugleich wurden die verbleibenden Betriebe größer und produktiver. 1950 ernährte ein Landwirt mit seiner Ernte 10 Menschen, 2007 waren es bereits 133 Menschen. Trotzdem wird die Nahrungsmittelversorgung auch zukünftig ein zentrales Thema sein.

## II. Was sind die strategischen Herausforderungen für die GAP nach 2013?

Ein nachhaltiger, produktiver und wettbewerbsfähiger Agrarsektor wird einen bedeutenden Beitrag zur Strategie „Europa 2020“ sowie zur Bewältigung neuer politischer Herausforderungen einschließlich der Bereitstellung nicht marktfähiger öffentlicher Güter (Wasser, Boden, Biodiversität) in der EU leisten.

### 1. Notwendigkeit der gesellschaftlichen Akzeptanz der GAP

Es ist wichtig im Vorfeld der Reform eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzielen. Insbesondere sollten die folgenden Fragen mit der allgemeinen Gesellschaft erörtert werden, auch im Hinblick auf die finanziellen Mittel:

- a. Wozu brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU?
- b. Welche Ziele weist die Gesellschaft der Landwirtschaft in ihrer Vielfalt zu?

## 2. Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bei künftigen größeren Preisschwankungen:

- a. **Ernährungssouveränität und -verpflichtung** für 500 Millionen Europäer; eigene Landwirtschaft in der EU bedeutet Rohstoffsicherheit.
- b. Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung und -sicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung.

## 3. Erhaltung einer gut funktionierenden, hochwertigen Landwirtschaft:

Verlässliche, langfristige Rahmenbedingungen, auf die sich die Landwirtschaft einstellen kann, sind nötig, um eine bessere Entwicklung im Hinblick auf eine marktwirtschaftliche Orientierung gewährleisten zu können.

## 4. Aufrechterhaltung und Stärkung lebensfähiger ländlicher Räume:

- a. Die Landwirtschaft ist die wesentliche Beschäftigung, die Menschen an ländliche Räume bindet. Zugleich ist sie Ausgangs- oder Mittelpunkt für zahlreiche Folgearbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen.
- b. Intakte, produktive und wettbewerbsfähige ländliche Räume bieten die **Grundlage für die Lebensfähigkeit** der urbanen Räume und verhindern Landflucht und die Überlastung städtischer Infrastrukturen.
- c. **Eine leistungsfähige Landwirtschaft** sichert das Beschäftigungspotential nicht nur in der Ernährungsindustrie, sondern auch im ländlichen Raum.

## 5. Steigende Anforderungen bei Standards - Beitrag zur Förderung der Biodiversität und zur Bekämpfung des Klimawandels:

- a. Die GAP hat mehr Bedeutung denn je, denn sie sichert, dass die grenzübergreifende Dimension der Nahrungsmittelversorgung, des **Klimawandels**, hoher gemeinsamer Umweltschutzstandards, Produktsicherheit, Qualität und Tierschutz in einem **ordnungsgemäß funktionierenden Binnenmarkt** gewährleistet ist.
- b. Die **Erwartungen der Verbraucher** in Hinblick auf garantierte Ernährungssicherheit und ihre Forderungen nach höheren Qualitätsstandards, einer artgerechteren Tierhaltung und einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis müssen erfüllt werden.
- c. Die Landwirtschaft ist Lieferant **erneuerbarer Energien** und leistet da-

mit einen Beitrag zur umweltverträglichen Energieversorgung und zur Risikoverminderung der EU-Energieversorgung (Versorgung aus heimischer Quelle), während die Landwirtschaft in den Jahren 1990-2007 die CO<sup>2</sup>-Emissionen um 20 % gesenkt hat, haben alle anderen Sektoren im Durchschnitt die Emissionen nur um 8 % reduziert.

d. Die Landwirtschaft verursacht CO<sup>2</sup>-Emissionen; sie ist gleichzeitig die einzige, nennenswerte **Kohlenstoffsenke**: Ziel ist es, dass der CO<sup>2</sup>- Ausstoß weiter verringert wird.

e. Die „aktive“ Flächenbewirtschaftung leistet einen elementaren Beitrag zur **Biodiversität**.

## III. Weiterhin gemeinsame Europäische Agrarpolitik oder Renationalisierung?

1. Die GAP ist das **Symbol einer gemeinsamen europäischen Politik** und leistet einen entscheidenden Anteil zur Nahrungsmittel- und Energiesicherheit in Europa und weltweit. Unsere gestaltete Kulturlandschaft ist Grundlage für Tourismus und trägt zu Klimaschutzziele bei.
2. Die **Renationalisierung der GAP** durch eine allgemeine Kofinanzierung wäre die Auflösung der einzigen wirklich integrierten Politik, würde zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen führen und wäre kontraproduktiv zur Verwirklichung des Binnenmarktes.

## IV. Regulierung von Produktion und Märkten, Stabilisierung der Preise, Sicherung der Einkommen:

1. Die **naturegegebenen Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion** mit ihren in der Regel langen Produktionszyklen erschweren betriebsindividuell ein schnelles Reagieren auf Marktkrisen.
2. Die Öffnung von Grenzen mit Zunahme des internationalen Handels und die Liberalisierung der Märkte haben die Landwirtschaft anfälliger für die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt und damit für **Preisschwankungen** gemacht und zu bisher nicht gekannten Einkommensrisiken und -schwankungen geführt.
3. Insofern müssen auch künftig Marktinstrumente als ein **Sicherheitsnetz** vorhanden sein, um die Landwirtschaft gegen Auswirkungen außergewöhnlicher Marktkrisen zu schützen, ohne dauerhaft in das Marktgeschehen einzugreifen.

4. Die **Direktzahlungen** stellen in diesem Kontext ein effizientes Instrument zur Risikoabsicherung sowie zur Gewährleistung von Produktion und Erhalt öffentlicher Güter dar. Sie sind als solches zu erhalten.

5. Etwaige ergänzende **neue Marktinstrumente** müssen im Gesamtkontext der künftigen Ausgestaltung der GAP nach 2013 geprüft werden. Sofern die Einführung neuer Marktinstrumente zu Lasten der Höhe von Direktzahlungen ginge, wäre dies kritisch zu sehen. Risikobegrenzende Elemente sollten daher optional für die Mitgliedstaaten bleiben. Dabei ist auch an eine betriebsindividuelle Absicherung unter Einbeziehung der privaten Versicherungswirtschaft zu denken.

6. Daneben sollten **Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Erzeuger** im Rahmen der Lebensmittelkette geprüft werden. Wichtig ist, dass diese sich im Rahmen der allgemeinen marktwirtschaftlichen Regeln bewegen und zu keinem zusätzlichen bürokratischen Aufwand führen.

#### **Positionierung und Forderungen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**

1. Die Agrarpolitik ist die erste und bis heute **bedeutendste Gemeinschaftspolitik** der Europäischen Union eine Renationalisierung wird daher abgelehnt.

2. Die GAP ist in den heutigen wirtschaftlichen und politischen Gesamtkontext und in die **EU-Strategie 2020** einzuordnen. Die GAP muss auch in Zukunft eine der Prioritäten der EU bleiben.

3. Unser Ansatz ist, eine klare Forderung für ein **angemessenes Agrarbudget** zu stellen, das sich an der bisherigen Höhe orientiert und die Zukunft der europäischen Landwirtschaft sichert.

4. Bei der künftigen Verteilung der Agrarmittel auf die Mitgliedstaaten ist der jetzige **Verteilungsschlüssel** angemessen zu berücksichtigen. Bei der Zuweisung von Agrarmitteln auf die Mitgliedstaaten muss auch die künftige Ausstattung dieser Mitgliedstaaten in anderen EU-Politikbereichen, z. B. bei den Kohäsions- und Strukturfonds, Berücksichtigung finden.

5. Die bereits bestehende **Angleichung der Direktzahlungen** zwischen den Mitgliedstaaten sollte, mit Ziel einer angemessenen Mittelzuteilung, weiterentwickelt werden. Dieses muss unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Finanzen der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt geschehen.

6. Aus unserer Sicht ist weiterhin eine **klare 2-Säulen Struktur** der Agrarpolitik wichtig, d. h.:

#### **a. I. Säule: Direktzahlungen /Marktmaßnahmen;**

Direktzahlungen geben der Landwirtschaft **Planungssicherheit**, sichern Einkommen, tragen zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe bei und gelten gleichzeitig die hohen gesellschaftlich gewünschten Standards und **öffentliche Leistungen**, die nicht über den Markt honoriert werden, ab. Deutschland will den Weg der entkoppelten, EU-finanzierten Direktzahlungen weitergehen und ist mit dem in Deutschland realisierten Modell regional **einheitlicher Zahlungen** für Ackerflächen und Grünland zukunftsfähig aufgestellt.

#### **b. II. Säule:**

Die ländliche Entwicklung ergänzt die Maßnahmen der 1. Säule der GAP. Wesentliche Schwerpunkte müssen sein: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, Maßnahmen zum Erhalt der Landwirtschaft und Kulturlandschaft – auch auf schwierigen Standorten, Stärkung des Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes insbesondere durch Agrarumweltprogramme sowie Investitionsförderung und Ausgleichszulage, Stärkung und Sicherung der Wirtschaft und von Arbeitsplätzen, auch für Frauen, und Attraktivität ländlicher Räume. Der **Erhalt der Lebensqualität, regionale Bedürfnisse und Besonderheiten** sollten hier berücksichtigt werden können.

Eine verbindliche **Koordinierung mit der Strukturförderung** sollte angestrebt werden. Maßnahmen der 2. Säule sind immer **kozufinanzieren**.

7. Die Aufteilung zwischen den beiden Säulen muss transparent und verlässlich sein. Bei einer klar definierten und verlässlichen Finanzierungsgrundlage für beide Säulen der GAP besteht kein Bedarf für jegliche Art einer jährlichen Mittelumverteilung zwischen diesen beiden Säulen.

8. Ein **Sicherheitsnetz an Marktinstrumenten** wird weiterhin **notwendig** sein, um den Agrarsektor vor Auswirkungen schwerer Krisen zu schützen, darüber hinaus gehende Regelungen, z. B. im Rahmen eines EU-finanzierten Risikomanagements, sehen wir jedoch kritisch!

9. Die Europäische Agrarpolitik hat zum Ziel, **500 Mio. Verbraucher** mit ausreichend qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln **zu versorgen** und gleichzeitig auch dafür zu sorgen, dass die Erzeuger ein **angemessenes Einkommen** erwirtschaften können. Dieses Ziel muss auch nach 2013 gesichert sein!

10. Angesichts zunehmender Preisvolatilität auf Agrarmärkten benötigen wir in einigen Sektoren mehr **Transparenz** und mehr **Marktmacht für die landwirt-**

**schaftlichen Erzeuger.** Bestehende Instrumente zur Verringerung der Volatilität und Steigerung der Markttransparenz könnten ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbessert werden. Zur Stärkung von Erzeugerorganisationen in den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis sollte die Entwicklung von Instrumenten, darunter vor allem Standardverträge für die Agrar- und Nahrungsmittelwirtschaft gemäß den Regeln des Binnenmarktes, geprüft werden, die zu einem fairen Gleichgewicht der Partnern in der Wertschöpfungskette beitragen können.

11. **Cross Compliance** muss in der neuen Förderperiode **so einfach wie möglich** gestaltet werden und sollte sich dabei möglichst auf eine geringe Anzahl von repräsentativen Kriterien konzentrieren.

12. Im Rahmen des **Bürokratieabbaus** sollte die Vielzahl der unterschiedlichen Regelungen keine nachteiligen Auswirkungen für die Landwirte in der Praxis haben (bzw. eher bei widersprüchlichen Regelungen im Zweifel für den Landwirt gedeutet werden).

13. Die **Exporterstattungen** wurden von der Europäischen Union in den vergangenen Jahren massiv abgebaut. Die EU ist weltweit größter Importeur von Rohstoffen und Lebensmitteln aus Schwellenländern. Diese Entwicklung ist gerade für diese Länder von größter Bedeutung.

14. Die Notwendigkeit gleicher Chancen für Erzeuger aus der EU und aus Drittländern erkennen wir an. Ein Paket von Instrumenten wie Fördermaßnahmen, effizientere Kontrollen und - dort wo angebracht - Kennzeichnung ist sinnvoll, mit dem Ziel eines ausgeglichenen und auf Gegenseitigkeit beruhenden Ansatzes bei den Handelsverhandlungen.

15. Internationale Handelsabkommen sollten prioritär im Rahmen der **WTO** abgeschlossen werden. Im Falle von bilateralen Verhandlungen (z. B. MERCOSUR, Kanada, Südkorea), müssen die gleichen klaren Forderungen nach Einhaltung unserer **hohen europäischen Standards** (Umwelt, Tierschutz, Verbraucherschutz etc.) und deren Aufnahme in internationale Abkommen gestellt werden.

Bisher in dieser Reihe erschienen:

### **Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik nach 2013**

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament  
Juli 2010

### **Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013**

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament  
24. November 2010

### **Europäische Energiepolitik**

Stellungnahme der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament  
zur aktuellen energiepolitischen Debatte  
15. Februar 2011

### **Für einen sparsamen, zukunftsgerichteten Haushalt**

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe zur künftigen Finanzierung  
der Europäischen Union  
1. März 2011

Alle Ausgaben können unter [www.cducusu.eu](http://www.cducusu.eu) abgerufen werden.

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 0049-30-22775775, Fax 0049-30-22776958  
info@cducsu.eu | www.cducsu.eu

Redaktion: Stephan Mock  
Gedruckt in Deutschland  
Stand: 24. November 2010

***www.cducsu.eu***

**CDU/CSU**-Gruppe in der  
**EVP**-Fraktion  
im Europäischen Parlament

